

# SPD sozialdemokratischer pressediens

P/XXVI/11

18. Januar 1971

Bildungs-Neuordnung in der Bundeswehr

-----  
Notwendige Klarstellungen zu einem  
aktuellen Thema

Von Prof. Dr. Thomas Eilwein  
Direktor des Wissenschaftlichen Instituts  
für Erziehung und Bildung in den Streit-  
kräften

Seite 1 und 2 / 85 Zeilen

Formierung der "rechten APG"

-----  
Fakten zur Gründung der "Deutschen Volksunion"

Seite 3 und 4 / 67 Zeilen

Hier liegt offenkundig Versagen vor

-----  
Zu den rechtsradikalen Ausschreitungen  
in Bonn

Seite 4a / 47 Zeilen

Gefahren, die uns alle bedrohen (1)

-----  
Immer mehr Giftstoffe dringen auf den  
Menschen ein

Von Prof. Dr. Karl Bechert SPD-MdB  
Mitglied des Bundestagsausschusses für  
Gesundheit

Seite 5 bis 7 / 141 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10  
Postfach: 5103  
Pressnhaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telex: 386 548/888 847/  
88688 PFP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 86 11

### Bildungs-Neuordnung in der Bundeswehr

Notwendige Klarstellungen zu einem aktuellen Thema

Von Prof. Dr. Thomas Ellwein

Direktor des Wissenschaftlichen Instituts für  
Erziehung und Bildung in den Streitkräften

Am Jahresende hat die vom Bundesminister der Verteidigung eingesetzte "Kommission zur Neuordnung der Ausbildung und Bildung in der Bundeswehr" als Vorläufer für ihr zum 1. April 1971 gefordertes Gutachten ein Rahmenkonzept vorgelegt. Damit soll den betroffenen militärischen und den beteiligten zivilen Institutionen Gelegenheit gegeben werden, ihre Vorstellungen, sofern sie diese nicht bereits in der Bildungskommission selbst zur Sprache bringen konnten, zu artikulieren. Der Kommission sollen damit für das Gutachten weitere Hilfen gegeben werden.

In der Öffentlichkeit wird diese Kommission häufig mit meinem Namen identifiziert. Auch wenn mir Bundesminister Schmidt den Vorsitz dieser Kommission übertragen hat, bleibt festzustellen, daß sie vom Sachverstand ihrer zwölf zivilen und zwölf militärischen Mitglieder getragen wird. Auf militärischer Seite sind alle Teilstreitkräfte und Führungsstäbe sowie die Personalabteilung durch hohe Generale, sachverständige Stabsoffiziere und Vertreter der betroffenen Gruppen, vom Unteroffizier über den Fachoffizier zum Truppenoffizier, repräsentiert. Auf ziviler Seite arbeiten namhafte Wissenschaftler und Praktiker des Ausbildungswesens mit.

Der Rahmen für die Kommissionsarbeit war im "Weißbuch 1970" der Bundesregierung gesteckt worden. Die gesteigerten und sich rasch ändernden Anforderungen an Reflektionsvermögen, Wissen und Können der Soldaten, die Veränderungen im allgemeinen öffentlichen Bildungswesen sowie verbreitete, höchst unterschiedlich motivierte Vorbehalte der Jugend gegenüber der Bundeswehr führten zur Formulierung der Ziffer 173 des "Weißbuches": "Die Bundeswehr muß mit der gesellschaftlichen Entwicklung Schritt halten. Sie muß ihre Berufsbilder, ihre Bildungs- und Ausbildungsgänge so gestalten, daß die Soldaten daraus für ihren beruflichen Werdegang innerhalb der Bundeswehr und ebenso später im zivilen Leben den größtmöglichen Nutzen ziehen. Dies dient gleichzeitig der Effektivität der Bundeswehr und der Attraktivität der soldatischen Laufbahnen". Im Hinblick auf die Neuordnung der Ausbildung zum Offizier nannte bereits das "Weißbuch" ein wissenschaftliches Studium als Zielsetzung.

Die Arbeit der Kommission stand unter erheblichem Zeitdruck. In wenigen Monaten wurden in einer Vielzahl von Ausschüß-

und Plenarsitzungen die Komplexe "Ausbildung und Fortbildung der Offiziere" sowie "Berufsförderung" und gegen Ende des Jahres "Übergangsfragen" behandelt. Das Rahmenkonzept stellt das Ergebnis dieser Arbeit dar, zu dem, in der vorliegenden Form, von keinem Kommissionsmitglied ein Alternativ-Vorschlag entwickelt worden ist. Dieses Papier hat also den Konsens aller Mitglieder.

Einzelheiten des Rahmenkonzepts können hier noch nicht behandelt werden. Der Vorschlag für die Neuordnung der Aus- und Fortbildung der Unteroffiziere ist durch folgende Faktoren gekennzeichnet: Differenziertes Ausbildungsangebot je nach mitgebrachter Qualifikation, sinnvoller Wechsel zwischen militärischer Fachausbildung, im Zivilberuf verwertbarer Ausbildung und Tätigkeit in Truppen- und Spezialverwendungen, Berechenbarkeit der Laufbahn-Erwartungen, erleichterter Übergang in die Laufbahn der Offiziere, gesicherter Übergang nach Dienstzeitende in das Zivil-Leben. Der Vorschlag für die Aus- und Fortbildung der Offiziere ist gekennzeichnet durch die Einbeziehung eines dreijährigen Studiums an einer Bundeswehr-Hochschule mit zivil anerkanntem Abschluß in die Ausbildungsphase zum Offizier, Zusammenfassung und Rationalisierung der militärischen Fachausbildung sowie stufenweise Fortbildung, auf die der Offizier selbst durch Bewerbung Einfluß nehmen kann. Auch hier geht es um Transparenz der Laufbahnen, Durchsetzung des Leistungsprinzips und Sicherstellung des reibungslosen Übergangs in das zivile Berufsleben für die Offiziere auf Zeit.

Diese Reform des Bildungswesens der Bundeswehr wird ebenso wie andere Reformen ähnlich tiefgreifender Art Übergangsschwierigkeiten bei ihrer Verwirklichung mit sich bringen. Allen Mitgliedern der Kommission ist dies bewußt. Andererseits konnte die Kommission ihren Entwurf auch nicht von den Übergangsschwierigkeiten her kopieren, sondern mußte davon ausgehen, daß politische Entscheidungen die Bewältigung der Übergangszeit erleichtern würden, da eine wirkliche Neuordnung und nicht ein erneutes Kurieren an den Symptomen beabsichtigt ist.

Soweit ich es bisher übersehen kann, werden der Kommission zwei Dinge zum Vorwurf gemacht: Sie habe die Kosten der Verwirklichung nicht analysiert, und das Konzept verschärfe die Personalsituation in der Übergangszeit. Das Bundesverteidigungsministerium kommt natürlich um eine Analyse der Kosten des neuen Konzepts nicht herum. Die Kommission geht aber von der begründeten Vermutung aus, daß die gegenwärtige Ausbildungsorganisation in ihrer Vielgleisigkeit einen so großen Kostenrahmen bereitstellt, daß erhebliche Teile der Reform innerhalb dieses Rahmens durchgeführt werden können. Was den zweiten Punkt der Kritik anlangt, so muß es sich die Bundeswehr überlegen, ob sie es sich angesichts der gegenwärtigen bedrohlichen Personalsituation beim Unteroffizier- und Offiziersnachwuchs leisten kann, wegen kurzfristiger Übergangsschwierigkeiten auf eine Reform zu verzichten, die langfristig zu einer grundsätzlichen Verbesserung der Personalsituation beitragen verspricht.

Formierung der "rechten APO"

Fakten zur Gründung der "Deutschen Volksunion"

Das politische Leben der Bundesrepublik ist durch eine neue Variante "bereichert" worden. Sie nennt sich "Deutsche Volksunion (DVU)" und versteht sich als "Überparteiliche Vereinigung zur Sammlung der verfassungstreuen Kräfte der Mitte und der Rechten". Dr. Gerhard Frey, Vorsitzender dieser "rechten APO", kündigte in München die Mobilisierung der Bevölkerung gegen die nach seiner Meinung "verfassungswidrigen Ostverträge" an, die den "Untergang der Bundesrepublik" bedeuten würden. Die "demokratisch freiheitlichen Parteien", versicherte Dr. Frey der Unterstützung seines Vereines. Nach einer alten Übung, der Umkehrung gültiger Begriffe, verschonte er die SPD dadurch der Zusicherung seiner Unterstützung, indem er zwar die NPD, nicht aber die SPD, in die Reihe der "demokratisch freiheitlichen Parteien" einbezog.

Die Feststellung Dr. Freys, die DVU wolle keine Partei sein ("das wäre das Letzte, daß wir das Lager der Mitte und der Rechten weiter aufsplittern"), ist als ein taktischer Schachzug zu werten. Der Verdacht liegt auf der Hand, daß zunächst darauf Rücksicht genommen werden soll, dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß keine rechtsradikale Stimme bei den kommenden Wahlen wegzunehmen. Endziel könnte aber eine Art deutsch-nationale Partei sein.

Obwohl Dr. Frey in seiner "Nationalzeitung" die widerlichsten und gehässigsten Angriffe gegen den Bundeskanzler und seine Politik startete, stellte er sich nie völlig hinter die NPD. Der Grund ist sicher nicht in ideologischen Meinungsverschiedenheiten zu suchen; Dr. Frey empfand sich vielmehr stets selbst als Führer einer rechten Sammlungsbewegung. Eine nicht unbedeutende Rolle spielen wahrscheinlich auch kommerzielle Interessen. In den von der NPD herausgegebenen Zeitungen sah Frey immer eine Konkurrenz, der er jetzt mit einer weiteren Publikation begegnen will. Sein politisches und geschäftliches Vorbild scheint der

Eugenberg der Weimarer Zeit zu sein. Seinem rechten Presseimperium fügt er nun auch den "Deutschen Anzeiger" hinzu, der im "Freiheitlichen Zeitungsverlag München" erscheint. Dieses Sprachrohr der "Deutschen Volksunion" gehört Freys Ehefrau.

Nach dem Fiasko der NPD ergriff Dr. Frey die Gelegenheit beim Schopf, die größtenteils zur CSU abgewanderten Nationalisten um sich zu scharen. Vor der Landtagswahl in Bayern hatte der "Nationalzeitungs-Herausgeber" geschrieben, er werde "zähneknirschend" die CSU wählen. Er rechnet offensichtlich mit der Unterstützung des rechten Flügels der CSU und aus Kreisen der "national-liberalen-Aktion". Deshalb ist es auch kein Zufall, daß dem Gründungskomitee einige Mitglieder von CDU und CSU angehören, was entweder bereits auf den Namenstafeln vermerkt oder von Dr. Frey mitgeteilt wurde. Es handelt sich um Dr. Nowak, Ortsvorsitzender der CDU aus Baden-Württemberg, und seine beiden christlich-sozialen Unionskollegen Giel und Pisterer, die Funktionen bei der Landsmannschaft der Donauschwaben bekleiden.

Als Gründungsmitglied fungierte ferner der sudetendeutsche Schriftsteller Dr. Fleyer, der nie Zweifel an seiner GrundEinstellung aufkommen ließ. Ein Oberlandeskirchenrat aus Schleswig-Holstein mit Namen Mertens gab erst auf Befragen zu, daß er nicht Theologe sondern Kirchenjurist sei. Schließlich sind die zwei Vertreter der Bayernpartei recht groteske Auswüchse, denn die streng zentralistisch eingestellten nationalistischen Gruppen stehen in argem Widerspruch zur Haltung der Bayernpartei, die am liebsten die Zeit vor Bismarck wieder herstellen möchte. Auch das frühere NPD-Landtagsmitglied Walter Brandner gehört zu der "nach allen Seiten offenen" Vereinigung.

Nicht von ungefähr kommt es, daß der Gründungstag des Bismarck-Reiches, jahrzehntelang Anlaß nationaler Feierstunden, als Geburtsstunde der "Deutschen Volksunion" gewählt wurde. Jedenfalls wurde sie am 18. Januar, 100 Jahre nach der Gründung des zweiten deutschen Reiches, ins Vereinsregister in München eingetragen.

Hier liegt offenkundig Versagen vor

---

Zu den rechtsradikalen Ausschreitungen in Bonn

Es war schon seit langem bekannt, daß die "Aktion Widerstand", eine Sammlung von Rechtsradikalen, die zum Beispiel in Würzburg die Grenze des Zulässigen und zu Tolerierenden weit überschritten hatte, anlässlich der 100jährigen Wiederkehr der Reichsgründung Protestdemonstrationen gegen die Ostpolitik der Bundesregierung beabsichtigte. Zu den Städten, die dafür auserkoren waren, gehörte auch Bonn.

Unglaubliches ist hier geschehen. Etwa eine Gruppe von 100 meist motorisierten Fanatikern ist vor die sowjetische Botschaft in Rolandseck bei Bonn gezogen, schlug mehrere Fensterscheiben ein, beschmierte mit geplatzten Farbbeuteln die Fassade und malte den Buchstaben W (Widerstand) auf die Hauswand. Ein Polizist, der dagegen einzuschreiten versuchte, wurde mit Farbe überschüttet. Nach einhalbstündigem wütigen Treibens zog die Meute zum Bonner Marktplatz und zertrümmerte auf dem Wege dorthin, ohne daran gehindert zu werden, eine Fensterscheibe in der SPD-Zentrale. In Bonn besetzte sie die Treppen des Rathauses, beschimpfte die Bundesregierung und betrieb offene Mordhetze, denn nichts anders bedeutete der im Sprechchor ventilierte Satz: "Fegt hinweg den roten Dreck". Erst nach Beendigung dieser allen Gesetzen höhnsprechenden Demonstration ließ sich die Schutzpolizei, verstärkt durch 25 Beamte aus Köln, sehen. Sie nahm einige Rädelsführer fest.

Dies ist der beschämende Tatbestand, der der Aufmerksamkeit der meisten Massenmedien entging. Er wirft einige Fragen auf. Liegt hier nicht mangelnde Wachsamkeit vor? Obwohl ein Hübschrauber den Sammlungsort dieser Wirrköpfe beobachtete und auch deren Zug verfolgte, also auch erkennen mußte, was an böserartigen Unfug bei der sowjetischen Botschaft geschah, war die rheinland-pfälzische Polizei darauf garnicht vorbereitet. Die acht Polizisten vor der Botschaft konnten dem Treiben nicht Einhalt gebieten. Auf dem Wege nach Bonn und in Bonn während der unangemeldeten Demonstration blieb die Staatsgewalt so gut wie unsichtbar. Sie griff reichlich spät ein. Mangelte es hier an Koordination der zuständigen Stellen?

Die kriminellen Vorgänge im vergangenen Jahr in Würzburg hätten, so sollte man meinen, ein warnendes Signal sein und zu verstärkter Wachsamkeit führen müssen. Mit der Gruppe "Aktion Widerstand" haben wir es mit Rechtsradikalen zu tun, die vor nichts zurückschrecken und unendlich viel Schaden anrichten können. Das geht alle Demokraten an, unabhängig davon, wo sie parteipolitisch stehen. Unsere junge Demokratie darf nicht das leiseste Anzeichen von Schwäche geben. Sie muß dort kraftvoll in Erscheinung treten, wo es notwendig ist. Toleranz gilt nur für die Toleranten, aber nicht für jene, deren Ziel die Zerstörung unserer rechtserzähllichen Ordnung ist.

+ + +

Gefahren, die uns alle bedrohen (1)

Immer mehr Giftstoffe drängen auf den Menschen ein

Von Prof. Dr. Karl Bechert SPD-MdB

Mitglied des Bundstagsausschusses für Gesundheit

Heute wird Biozide - ein böses Wort, das "Lebentöter" bedeutet - für alle Schädlingsbekämpfungsmittel verwendet, aber auch für Mittel gegen Fäulnis, Pilzbefall, für schnellere Reife, und auch für Mittel zur gefälligen Färbung von Früchten. Der Name sagt - ungewollt - aus, daß alle diese Mittel für die meisten Lebewesen giftig sind, auch für den Menschen. Aber wir brauchen Mittel und Verfahren gegen zu großen Schädlingsbefall, damit die vielen und immer mehr werdenden Menschen auf der Erde ernährt werden können. Was wir bestimmt nicht brauchen, sind z.B. Mittel zur Schönfärbung von Früchten und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Aber natürlich: wir sind Sklaven der freien Marktwirtschaft. Damit Äpfel schöner aussehen, müssen sie gefärbt werden, sie verkaufen sich dann leichter. Gegen solchen Unfug würde nur ein Verbot solcher Mittel helfen, das natürlich nicht zu erwarten ist.

Wie steht es dann überhaupt mit unseren Kenntnissen über die Biozide, die so massenweise und immer mehr verwendet werden? Schlecht, sehr schlecht steht es damit.

Was wir nicht, oder nicht hinreichend genau wissen: Wie ist die Wirkung, wenn mehrere Biozide gleichzeitig oder nacheinander auf den Menschen einwirken oder im Körper vorhanden sind? Wie ist es mit dem Zusammenwirken von Arzneimitteln oder Umweltereinerungen mit Bioziden? Durch verstärkte Einwirkung kann die nach heutiger Kenntnis höchstzulässige Giftwirkung, die für Pflanzenschutzmittel in der Höchstmengenverordnung Pflanzenschutz festgesetzt ist, und von der man nach heutiger Kenntnis zu wissen glaubt, daß sie keine nachweisbaren Schäden verursacht, überschritten werden, auch wenn sie für das einzelne Biozid für sich genommen noch nicht erreicht wird. Mit anderen Worten: Wenn mehrere solcher Mittel in den Körper kommen, kann die Giftwirkung stärker sein, als sie aus der blossen Summation der Wirkungen der einzelnen Biozide zu erwarten wäre, das ist die sogenannte potenzierende Wirkung. Wie hoch ist die bereits vorhandene Umweltbelastung durch die einzelnen Biozide? Was ist die Wirkung dieser Belastung auf die lebende Umwelt? Was wird aus den Bioziden, wenn wir sie angewendet haben, wo wandern sie hin, wie verändern sie sich chemisch von selbst oder unter den Einflüssen der Umwelt, in die sie geraten sind? Was geschieht mit ihnen in den Lebewesen, werden für unsere Ernährung wichtige Stoffe, wie z.B. Vitamine, durch das Vorhandensein von Bioziden verändert, verdrängt, zerstört, werden die Nahrungsmittel durch Biozide geringerwertig für

### unsere Ernährung?

Es gibt Beispiele für solche Neben- und Nachwirkungen. Es fehlen Nachweisverfahren für das Vorhandensein von Bioziden in Nahrungsmitteln, im Trinkwasser, im Boden, in der Luft, Verfahren, die für die Praxis der Überwachung unserer Umwelt geeignet sind. Für die Lebensmittelkontrolle müssen das Schnellverfahren sein, es muß schnell festgestellt werden können, ob die untersuchte Lebensmittelprobe den Vorschriften entspricht oder nicht, sonst ist das meiste verkauft, bevor entschieden ist, ob die Ware aus dem Markt gezogen werden muß oder nicht.

Wir wissen tatsächlich nicht, was wir tun, wenn wir Biozide anwenden. Bevor nicht genügend Antwort auf die genannten Fragen gegeben werden kann, bevor nicht Biozide entwickelt sind, die sich schnell in harmlose Stoffe umwandeln oder zerlegen, ist es dringend notwendig, die zulässigen Höchstmengen - etwa ausgedrückt in Milligramm pro Kilogramm des Erzeugnisses - so niedrig als möglich festzusetzen. Es muß darüber hinaus vorgeschrieben werden, daß bestimmte Biozide nur für die Erzeugung solcher Nahrungsmittel, Futtermittel, Saatgut oder dergleichen zuzulassen sind, wo die Anwendung landwirtschaftlich oder aus sonstigen Gründen zwingend erforderlich ist. Andererseits muß die biologische Schädlingsbekämpfung in Forschung und Anwendung ausgiebig gefördert werden, bei der Anwendung müssen Beispielsmaßnahmen staatlich gefördert und durchgeführt werden. Das Zusammenwirken von biologischer und chemischer Schädlingsbekämpfung ist zu untersuchen mit dem Ziel des sogenannten integrierten Pflanzenschutzes, der integrierten Schädlingsbekämpfung, wo biologische und chemische Maßnahmen miteinander verbunden angewandt werden. Wo ohne chemische Bekämpfung allein mit biologischen Verfahren auszukommen ist, sollte die chemische Bekämpfung unterlassen werden.

Noch mehr: Es darf nur eine sehr begrenzte Zahl von Bioziden zugelassen werden - ich höre die Industrie schon empört aufschreien. Der Grund für diese Forderung liegt in der Unzulänglichkeit unserer heutigen chemischen Nachweisverfahren, die gegenüber der großen Zahl zugelassener Biozide unzureichend sind. Die Regierung täuscht sich, wenn sie glaubt, daß es möglich sein wird, ohne eine scharfe Einschränkung der Zahl der zugelassenen Biozide durch Förderung von Forschungs- und Entwicklungsarbeit auf dem Gebiet des Biozidnachweises so weit kommen zu können, daß wir wirksame Lebensmittelkontrollverfahren haben werden. Die Chemie ist nicht imstande, anhand einer ausreichenden Lebensmittelprobe festzustellen, um welches zugelassene oder nicht zugelassene Biozid es sich handelt, wenn nicht wenigstens die Stoffklasse bekannt ist, aus der das Biozid im wesentlichen besteht. Daran wird sich auch durch die Entwicklung neuer Untersuchungsverfahren nichts ändern, einfach deswegen, weil zuviele Biozide zugelassen sind. In dem Pflanzenschutzmittel-Verzeichnis 1969 der Biologischen Bundesanstalt in Braunschweig, die für die Prüfung und Anerkennung der Pflanzenschutzmittel in der Bundesrepublik zuständig ist, sind über 2200 verschiedene Mittel und Präparate aufgeführt, die als



Pflanzenschutzmittel bei uns anerkannt sind! (Die Bundesanstalt hat für 1970 kein neues Verzeichnis herausgebracht.) Bei der Herstellung dieser Pflanzenschutzmittel werden rund 150 verschiedene Wirkstoffe verwendet. Die Herstellung liegt in der Hand von etwa 110 verschiedenen Firmen in der Bundesrepublik, darunter sehr großen wie Bayer/Leverkusen, BASF, IG-Farben Höchst, Merck, und es kann sehr viel Geld mit Pflanzenschutzmitteln verdient werden. Wenn es unmöglich ist, im Einzelfall bei der Kontrolle festzustellen, um welches Biozid es sich handelt, weil zu viele auf dem Markt sind, dann muß eben die Zahl der zugelassenen Mittel eingeschränkt werden. Die Gesundheit der Bevölkerung ist wichtiger als der geheiligte Konkurrenzkampf der Firmen.

Zu den schlimmen Mitteln gehören die chlorierten Kohlenwasserstoffe, DDT ist einer davon. Über 100 Insektenarten sind unempfindlich, also widerstandsfähig (in der Wissenschaft nennt man das "resistent") geworden gegenüber DDT und anderen chlorierten Kohlenwasserstoffen. Das Ergebnis ist nicht selten: die natürlichen Feinde der Schädlinge sind ausgerottet, wodurch dann die biologische Schädlingsbekämpfung unmöglich geworden ist, die Schädlinge aber haben widerstandsfähige Rassen ausgebildet. Die letztere Erscheinung ist ja auch von der Anwendung moderner Arzneimittel aus der Klasse der sogenannten Antibiotika wie Penicillin, Aureomycin, Terramycin bekannt. Die Arzneimittel wirken dann nicht mehr und der Schädling, der Bazillus, kann sich stärker auswirken als je zuvor. Beispiele aus dem Bereich der Pflanzenschutzmittel für diese ungewollte Züchtung resistenter Rassen: im Hauptanbaugebiet von Karotten und Möhren in Nordfrankreich wurden durch Schädlingsbefall - es war die Möhrenfliege - vor Anwendung von Mitteln wie Aldrin, Dieldrin 25 Prozent der Ernte vernichtet. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln brachte zunächst einen Rückgang der Schädlingsplage, aber natürliche Feinde der Möhrenfliege gingen mit drauf, weil sie bei der keine widerstandsfähigen Rassen entwickelten. Bei den Möhrenfliegen aber kamen resistente Rassen zum Vorschein. Die Folge nach einiger Zeit war ein starker Anstieg des Schädlingsbefalles, 75 Prozent der Ernte wurden vernichtet und es gab keine wirksame Hilfe dagegen, der Boden war auf viele Jahre hinaus vergiftet. Aus Möhrenanbaugebieten ist außerdem bekannt, daß Aldrin und Dieldrin in die Möhren selbst einwandern. Da es sich um starke Gifte handelt, ist schon ein geringer Gehalt davon in Möhren für den Menschen, vor allem für Säuglinge und kleine Kinder, gesundheitsgefährdend.

Dabei kommt ein neues Problem zum Vorschein: Bei uns ist Vorschrift aus der Höchstmengenverordnung von 1968, daß Aldrin, Dieldrin nicht in Lebensmitteln enthalten sein dürfen. Aber die Anwendung beim Pflanzenbau ist nicht verboten. Das läuft darauf hinaus, daß den Gartenbaubetrieben und den Landwirten die schwere Verantwortung aufgebürdet ist dafür, daß sie zwar diese Mittel anwenden dürfen, daß aber in fertigen Nahrungsmitteln, das auf den Markt kommt, nichts mehr von diesen Pflanzenschutzmitteln enthalten sein darf.

(1. Fortsetzung am 19. Januar 1971)